Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 2000,— M., durch die Post bezogen monatlich 2000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 650,— M. Einzelnummer 80,— M. Sonnabendnummer 100,— M. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 200,— M., auswärts 250,— M., die 8gespaltene Reklamezeile 800,— M., auswärts 1000,—, Ausland 1600 u. 5000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 60 M.

Nr. 36 | Dresden, Montag den 12. Februar 1923 | 34. Jahrg.

Der Stand des Abwehrkampfes

Mehr als vier Wochen stehen die französischen Truppen jetzt im Ruhrgebiet. Was haben sie erreicht? Durch ihr entschiedenes Draufgängertum, ihr leichtfertiges Hantieren mit der Schußwaffe haben sie die Produktion nicht erhalten, statt dessen aber die deutsche Abwehrfront wesentlich gestärkt. Die Erschießung mehrerer Arbeiter, die Skandalszenen in Recklinghausen und vieles andre mehr haben der Arbeiterschaft im neubesetzten Gebiet gezeigt, um was es geht. Die deutschen Arbeiter haben nie daran geglaubt, daß der Einmarsch ins Ruhrgebiet erfolgte, um die Kohlenverteilung neu zu regeln und die im Verlaufe des vergangenen Jahres zu wenig gelieferten 85 000 Tonnen Kohle sicherzustellen; heute glauben sie noch viel weniger daran, denn zur Förderung von 85 000 Tonnen Kohle braucht man keine Besetzung deutscher Gebietsteile zu Tausenden von Quadratmetern braucht man nicht die willkürliche, gesetzeswidrige Entlassung deutscher Eisenbahnbeamten, Arbeiter und Angestellten, braucht man vor allem nicht jenes Aufgebot an Militär, das sich bisher nur als Hemmung jeder ruhigen Arbeit, jeder Produktion erwies.

Trotzdem vermißt man auf der Gegenseite noch jede Neigung zu einer Verständigung durch Verhandlungen. Vielmehr glaubt man die deutsche Arbeiterschaft, deren Führer in dem Abwehrkampf in vorderster Linie stehen, durch neue Schreckensmittel gefügig zu machen. Wäre Herr Poincaré ein guter Psychologe, dann müßte auch er nach dem Verlauf der bisherigen Besatzungsaktion zu der Einsicht kommen, daß seine Maßnahmen mit noch so viel Truppen nie das einbringen werden, was man in Paris vor dem Einmarsch von ihnen erhofft hat. Oder glaubt man schließlich durch das Einreiseverbot deutscher Minister an der entschiedenen Abwehr der deutschen Arbeiter etwas ändern zu können? Gerade solche Mittel können unsre Klassengenossen an der Ruhr in ihrem Abwehrwillen nur bestärken. Wären wir in Paris tatsächlich so siegesgewiß, wie es die regierungsoffiziösen Blätter in jeder Ausgabe zum Ausdruck bringen, dann hätte man sicherlich auf das Einreiseverbot für deutsche Minister verzichtet. Auch die Vorgänge in dem Kammerausschuß für Auswärtige Angelegenheiten zeigen, daß es mit der französischen Siegesgewißheit in allem Ernst nicht weit her, und man vielmehr von den bisherigen „Erfolgen" sehr enttäuscht ist. Das heißt natürlich nicht, daß Poincaré bald das Ministerpräsidium räumen wird. Auch in Paris denkt die Opposition vorläufig nicht daran, den jetzt verfahrenen Regierungskarren aus dem Dreck zu fahren. Man läßt Herrn Poincaré weiter wursteln, bis seine Stunde geschlagen hat.

Die deutsche Presse kann die Position des Herrn Poincaré nur festigen, wenn sie über die Vorgänge im Ruhrgebiet mit Falschmeldungen arbeitet, wie es leider in den letzten Tagen geschehen ist. Und hier trägt das halbamtliche Wolffbureau den größten Teil Schuld. Einmal wurde gemeldet, die von Mussolini zur Beteiligung an der Ruhraktion beauftragten italienischen Ingenieure seien plötzlich abgereist, trotzdem Herr Coste eifrig versucht hätte, sie zu halten, und am Freitag abend teilte das gleiche Nachrichtenbureau mit (die Presseabteilung der Reichsregierung bestätigte das ausdrücklich), daß der in Warne von einem Franzosen geschlagene Flugführer kurze Zeit nach dem tätlichen Angriff gestorben sei. Beides waren Falschmeldungen, die Poincaré geschickt zu seinen Gunsten ausgenutzt hat und die auch jene Kreise gegen Deutschland aufbringen, welche von vornherein Gegner der Ruhraktion gewesen sind. Hier Abhilfe zu schaffen, ist Aufgabe der Presseabteilung der Reichsregierung im Interesse einer erfolgreichen Durchführung des Abwehrkampfes.

In geradezu verbrecherischer Weise leistet aber erst die deutschnationale Presse der französischen Regierung Vorschub. Planmäßig sucht sie nach einer neuen Dolchstoßlegende, und sie glaubt diese jetzt in Aeußerungen des Genossen Breitscheid gegenüber dem diplomatischen Berichterstatter der „Daily News" in London gefunden zu haben. Breitscheid hat in dem Interview in knappen Worten die Haltung der Sozialdemokratie zur Ruhraktion gekennzeichnet und keinen Zweifel darüber gelassen, daß jede Verhandlungsmöglichkeit ausgenutzt werden muß. Er hat sich damit einer Auffassung des Reichskanzlers angeschlossen, die am vergangenen Sonntag in einer Besprechung in Essen zum Ausdruck gebracht wurde . . . Wir lehnen es ab, mit Landesverrätern weiter über diese Angelegenheit zu diskutieren. Jedenfalls hat die deutsche Arbeiterschaft allein in den letzten vier Wochen der Abwehr im Ruhrgebiet mehr Treue zum Volksganzen bewiesen als die Herren Helfferich, Hergt und Genossen seit ihres Lebens. Sie wird die Abwehr des französischen Imperialismus auch weiterführen und die deutsche Republik sichern. Dazu wird sie eben durch die Diktaturgelüsten der Deutschnationalen und der andern deutschen Nationalisten und Imperialisten gezwungen, die die Not und Bedrängnis des Volkes just zur Aufrichtung ihrer Herrschaft benutzen möchten. Die Arbeiterklasse will keinen Diktator über sich, auch keinen deutschen.

•

Völlige Ausfuhrsperre?

Paris, 11. Februar. Die französische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris eine Note überreichen lassen, in der mitgeteilt wird, daß vom 12. Februar an metallurgische und andre in den besetzten Gebieten fabrizierten Produkte nicht mehr nach dem nichtbesetzten Deutschland ausgeführt werden dürfen. Anlaß zu dieser Maßregel hätten die Befehle gegeben, die die deutsche Regierung ihren Beamten im Ruhrrevier erteilt hat. Durch diese Befehle habe die deutsche Regierung angeblich versucht, Unruhen hervorzurufen.

Paris, 11. Februar. Die Verhandlungen des französischen Kabinetts mit dem belgischen Außenminister Jaspar haben zu einem System von Ausfuhrbewilligungen für sämtliche Industrielle des Ruhrgebiets geführt. Durch die Verweigerung der Ausfuhrbewilligung könne die Beförderung der Fabrikate nach dem nichtbesetzten Deutschland einfach unterbunden werden. Die Kontrolle werde eine Waffe gegen den Widerstand der Großindustriellen sein.

•

Einreiseverbot für deutsche Minister

Paris, 10. Februar. (W. T. B.) **Poincaré hatte heute morgen von 10 bis 12 Uhr mit dem belgischen Außenminister eine Besprechung, der außerdem der belgische Gesandte, der Kriegsminister, der Arbeitsminister, der Finanzminister und der Minister für die befreiten Gebiete beiwohnten. Nach Schluß dieser Sitzung wurde folgende Note veröffentlicht, die der deutschen Regierung übergeben werden soll:**

Die belgische und die französische Regierung haben festgestellt, daß der Besuch des Reichskanzler Cuno im Ruhrgebiet und seine dort ausgeübte Aktion einzig und allein den Zweck gehabt hat, gefährliche Erregungen, besonders unter den Großindustriellen, Angestellten und Staatsbeamten hervorzurufen. Unter diesen Bedingungen sehen sich die französische und belgische Regierung, die im Interesse der Bevölkerung stets bestrebt sind, Wirren zu vermeiden, die einen blutigen Verlauf haben könnten, genötigt, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder mitzuteilen, daß die Reichsminister und die Minister der Länder nicht mehr ermächtigt werden, das Ruhrgebiet zu betreten.

Der Vorwärts sagt zu diesem Einreiseverbot für deutsche Minister: Diese Verfügung wird von denjenigen Mächten erlassen, die friedensbrecherisch und vertragswidrig Teile des wehrlosen Deutschlands besetzt haben und denen die blutigen Taten von Recklinghausen, die Massenverhaftungen und Ausweisungen, die Anwendung aller Kriegsmittel und der Reitpeitsche gegen ein friedliches, unbewaffnetes Volk zur Last fallen. Nichts ist darüber bekannt, daß Dr. Cuno etwa dazu aufgefordert hätte, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen; das Gegenteil steht fest. Wenn jetzt Frankreich und Belgien den deutschen Ministern verbieten, ein bestimmtes deutsches Gebiet zu betreten, so zeigen sie der Welt damit lediglich, daß sie dieses Gebiet als — Département de la Ruhr betrachten.

•

Regierungspräsident Genosse Haenisch ausgewiesen

Frankfurt a. M., 11. Februar. (W. T. B.) Der Regierungspräsident von Wiesbaden, Haenisch, gegen dessen Amtsantritt die Rheinlandkommission ein vorläufiges Veto eingelegt hatte, weilte in den letzten Tagen im besetzten Gebiet, um als Kommissar der preußischen Regierung Informationen über die wirtschaftliche und politische Lage einzuziehen. Am Sonnabend nachmittag wurde er aus einer Besprechung mit Landräten und Bürgermeistern des Regierungsbezirkes Wiesbaden durch französische Beamte zum französischen Oberdelegierten Marquis de Lillers genötigt, der ihn **ehrenwörtlich verpflichten wollte, noch vor Mitternacht das besetzte Gebiet zu verlassen. Haenisch lehnte das Ansinnen ab und erklärte, nur der Gewalt zu weichen.** Daraufhin wurde er in das französische Polizeikommissariat geführt und **einer gründlichen Untersuchung unterzogen,** gegen die er unter Berufung auf seine Immunität als preußischer Landtagsabgeordneter entschieden protestierte. Ebenso **verweigerte er die Unterzeichnung eines von dem französischen Polizeikommissars aufgenommenen Protokolls.** Gegen 9½ Uhr wurden Haenisch die Papiere zurückgegeben und er **im französischen Militärautomobil über die Grenze des besetzten Gebiets gebracht.**

•

Weitere Meldungen aus dem Kampfgebiet

Essen, 11. Februar. (Eig. Drahtber.) Am Sonntag vormittag 6 Uhr erschienen vor den Zechen Helene und Amalie ein Personenauto mit sechs französischen Offizieren und ein Lastauto mit 20 Soldaten. Die Zechentore wurden besetzt. Der Direktor, Bergassessor Besser, wurde in seiner Wohnung festgenommen und nach Essen-Bredeney gebracht. Die Belegschaft der Zechen trat hierauf in den Proteststreik. Bergmeister Hoppstädter, Generaldirektor der Gewerkschaft Konstantin der Große in Bochum, ist gleichfalls festgenommen worden. Der Einzelhandel in Essen hat beschlossen, vom Montag an an Franzosen und Belgier nichts zu verkaufen. Infolge der durch militärische Anordnungen erfolgten Verkehrsstockung werden für 22 000 Säuglinge in Essen täglich nur 5800 Liter Milch geliefert.

Der trotz schwerer Krankheit ausgewiesene Regierungsdirektor Stemminger-Pfalz ist gestorben. — Den Oberbürgermeister von Oberhausen, Dr. Havenstein, fesselte man bei der Verhaftung und entfesselte ihn erst auf den Protest aller Beamten. — Der bei den Wiesbadener Kundgebungen von hinten auf der Flucht Angeschossene ist durch Kopfschuß lebensgefährlich verletzt. — Verhaftet wurde der Bergmann August Gras in Brechten, als er zum Begräbnis seines von einem französischen Posten erschossenen Kameraden Hauer wollte. — In Wiesbaden haben die Franzosen den Sekretär des Deutschen Eisenbahnerverbandes und Kartellvorsitzenden des A. D. G. B., Genossen Bode, verhaftet.

•

Koblenz, 10. Februar. Gestern abend wurde der Stellvertreter des Regierungspräsidenten, Oberregierungsrat Mann, von den Franzosen verhaftet und in der Richtung nach Limburg fortgeschafft.

Ruhrbesetzung und Arbeitslosennot

Von Toni Sender, Frankfurt a. M.

Wenn auch gegenwärtig das öffentliche Interesse in Deutschland fast ausschließlich auf die politische Seite des Konflikts mit Frankreich konzentriert ist, so dürften doch mit jedem Tage sich auch die wirtschaftlichen Folgen der Abschnürung dieses für die deutsche Wirtschaft bedeutsamsten Gebiets geltend machen und dann — wie jede Krise — in ihrer ganzen Schwere auf der arbeitenden Bevölkerung lasten. Dabei ist es weiten Teilen der deutschen Bevölkerung noch gar nicht bewußt geworden, daß die durch die Abschnürung des Ruhrgebiets hervorgerufene Bedrohung die deutsche Wirtschaft gerade in einem Augenblick trifft, da bereits eine ernste Wirtschaftskrise ihre Schatten vorauswarf. Schon vor der letzten völligen Desorientierung der Mark hatte der Kurssturz der deutschen Währung — der den Import teurer Auslandrohstoffe hemmte — zusammen mit der immer stärker zurückgehenden Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung eine immer deutlicher hervortretende Stockung in der Produktion hervorgerufen, die in einzelnen Industrien bereits Ende des Jahres erschreckende Formen annahm.

Besonders schwer davon betroffen ist die Textilindustrie. Wie der Deutsche Textilarbeiterverband mitteilt, waren bereits Ende letzten Jahres von den Mitgliedern des Verbandes zusammen 182 207 Kurzarbeiter und Arbeitslose (161 961 Kurzarbeiter und 20 246 Arbeitslose), eine Ziffer, die inzwischen noch stark zugenommen hat. Ein ähnliches Bild, das sich aber seit der Berichtsperiode noch weiter stark verdüstert hat, bietet die Schuhindustrie. Nach den Mitteilungen des Zentralverbandes der Schuhmacher hat die Zahl der Kurzarbeiter und Erwerbslosen bereits die erschreckende Höhe von 75 000 von 115 000 Mitgliedern des Verbandes erreicht und droht noch weiter zuzunehmen. Auch vom Fabrikarbeiterverband wurden per Ende bereits 67 000 Kurzarbeiter und 16 000 Erwerbslose gemeldet. Ziffern, die sich inzwischen gleichfalls weiter erhöht haben.

Ganz besonders schwer ist die Stadt Berlin — nicht nur von der Kurzarbeit, sondern in außergewöhnlich starkem Maße bereits von der völligen Erwerbslosigkeit betroffen. Schon Ende Dezember wurden insgesamt 65 000 Erwerbslose gemeldet, seitdem aber ist eine weitere Erhöhung eingetreten.

War dies schon die Lage der deutschen Wirtschaft, bevor sich die Wirkungen der Ruhraktion gezeigt haben, so wird sich jeder Denkende darüber im klaren sein, wie durch die Unterbindung der Kohlenzufuhr gerade die Wirtschaft des unbesetzten Gebiets betroffen und die Leidtragende der ganzen Aktion letzten Endes die Arbeiterschaft werden wird. Die Reichstagsfraktion der V. S. P. D. hat es darum für ihre erste Pflicht betrachtet, alsbald nach erfolgter Besetzung die Initiative zu ergreifen, um rechtzeitig der drohenden Not und völligen Verelendung der Arbeiterklasse infolge starker Vermehrung des Heeres der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zu begegnen. Hatten die bürgerlichen Parteien seit Jahren immer wieder den Ruf erhoben: „Nur die Arbeit kann uns retten", so hatten sie es doch bisher verhindert, daß der Staat alles daran setzte, um das kostbarste Gut unsrer Volkswirtschaft, die menschliche Arbeitskraft, auch in der Zeit unfreiwilliger Erwerbslosigkeit durch ausreichende Fürsorge zu erhalten. Unsre Fraktion nahm nunmehr Veranlassung, im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags eine Reihe von Anträgen zu stellen, die zum Gegenstand hatten:

1. eine Erhöhung der Basissätze für die Erwerbslosenfürsorge auf der Grundlage eines Existenzminimums vorzunehmen;
2. eine automatische Anpassung dieser Sätze an einen Index;
3. eine weitgehende Ermäßigung desjenigen Teils des Lohns, der für die Kurzarbeiter in Anrechnung kommt;
4. Bereitstellung größerer Mittel an Länder und Gemeinden zur Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge;
5. geringere Anrechnung eventuellen Nebenverdienstes.

Nachdem in einer sehr eingehenden Aussprache des Ausschusses unsre Genossen auf den ganzen Ernst der Lage und auf die unvermeidlichen sozialen Schwierigkeiten hingewiesen hatten und dabei zunächst nicht auf sehr großes Verständnis bei den andern Fraktionen gestoßen waren, wurden die Punkte 4 und 5 der Regierung zur Erwägung überwiesen, während für die Punkte 1 bis 3 zur eingehenderen Beratung ein Unterausschuß eingesetzt war. Hier haben nun unsre Vertreter sich erneut mit aller Energie für eine schleunige, das Los der erwerbslosen Kollegen erträglicher gestaltende Erledigung eingesetzt mit dem Erfolg, daß schließlich unser Antrag einmütige Annahme fand, der besagt:

Spätestens ab 15. Februar 1923 soll die Unterstützung für Erwerbslose der Ortsklasse A betragen:

1. für eine männliche Person über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt einer andern lebt, 1500 pro Tag.
   Sofern sie im Haushalt einer andern lebt, 1300 M. pro Tag, und für eine männliche Person unter 21 Jahren 1100 M. pro Tag.
2. Weibliche Personen sollen erhalten, wenn sie über 21 Jahre sind und nicht im Haushalt eines andern leben, 1400 M. pro Tag.
   Sofern sie im Haushalt eines andern leben, 1200 M. pro Tag, und wenn sie unter 21 Jahre sind, 1000 M. pro Tag.
3. An Familienzuschlägen sollen gewährt werden: für Ehegatten 800 M. pro Tag und für Kinder und sonstige Unterstützungsbedürftige 600 M. pro Tag.

Diese Sätze bedeuten nicht nur gegenüber den von der Regierung ab Ende Januar festgesetzten mehr als eine Verdoppelung, sondern wesentlich ist auch, daß von der starken Differenzierung zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen abgegangen und eine starke Angleichung der Sätze der weiblichen an die männlichen Arbeitslosensätze vorgenommen ist.

Angesichts der rapiden, katastrophalen Geldentwertung und der ihr auf dem Fuße folgenden Teuerung bestanden unsre Genossen aber auch auf dem Modus einer automatischen Anpassung, um nicht durch lange Intervalle die bewilligten Sätze sehr rasch entwerten und die Erwerbslosen zu lange auf eine Angleichung warten zu lassen. Begreiflicherweise war gerade über diese grundsätzliche Frage die Debatte am lebhaftesten, es gelang aber schließlich, auch hierin einen Beschluß des Unterausschusses herbeizuführen, wonach die Regierung beauftragt wird, bis zum nächstwöchigen Wiederzusammentritt des Reichstages einen Indexmodus zum Vorschlag zu bringen, auf dessen Grundlage die automatische Anpassung stattzufinden hat.

Ebenso hat die Regierung zugesagt, eine Abänderung der Verordnung hinsichtlich der Kurzarbeiter in der Weise vorzunehm-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230212/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG